

Die Deutsche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 218 Nr. 55 a

Bezugspreis: In einem halben Jahr 3.00 Mk. einschließlich Zustellungsgebühr — Sendungen nehmen ausschließlich Postämtern entgegen. — Abon. jeweils nur mit dem Datum von Spätkonten.	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die Spaltenzeile ist mit breiter Schrift 10 Pfennig. Kleine 5 Pfennig. Die Spaltenzeile ist mit breiter Schrift 10 Pfennig. Kleine 5 Pfennig. Die Spaltenzeile ist mit breiter Schrift 10 Pfennig. Kleine 5 Pfennig.
Halle-Saale Königsplatz 20, Leipzig, Straße 61/62, Fernruf Central 2801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfach 10000 Halle 2052.	Freitag, 6. März 1925	Geldförmliche Berlin, Bernburger Str. 50, Fernruf Amt Kurfürst Nr. 4290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Um den Nachfolger Eberts

Ein gemeinsamer Kandidat der Reichsparteien

Deutschnationale und Präsidentenwahl
Berlin, 5. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Die deutschnationale Reichstagsfraktion erklärte heute abend in vertraulicher Sitzung die bevorstehende Präsidentenwahl.
Wie wir weiter erfahren, wurde in der Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung nicht in Frage kommenden Kandidaten miteinander wegen eines gemeinsamen Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl Absprachen getroffen haben. Die Absprachen befinden sich erst in den ersten Anfängen. Personalkontakten sind noch nicht erörtert worden. Die Absprachen werden in der nächsten Woche im Beisein aller Führer der beteiligten Parteien in Berlin fortgesetzt werden.

Noch keine Stellungnahme des Zentrums zur Präsidentenfrage
Berlin, 5. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß heute abend mit der Aufmerksamkeitsfrage. Zur Präsidentenwahl wurde keine Stellung genommen, weil man erst die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktionen, die am Sonntag zusammenkommen werden, abwarten will.

Die Stellvertretung des Reichspräsidenten
Berlin, 5. März.
Es wäre wirklich vermerkwürdig gewesen, wenn die oppositionelle Seite sich die Gelegenheit hätte entgehen lassen, die

Frage der Stellvertretung des verstorbenen Reichspräsidenten in einem politischen Spiel zu machen. Nachdem der Einfluß bei allen politischen Spielen der letzten Zeit fast ausschließlich Marx heißt, ist es dem Demokraten Erlangen vorbehalten geblieben, als erster die Anforderung an einen Stellvertretungskandidaten zu stellen. Er tat das bei der heutigen Abendbesprechung der Parteiführung. Marx heißt, er ist eine Forderung begründet, wobei er tief in die ihm gewöhnlich nicht sehr klaren Geheimnisse des Staatsrechts einzuordnen vermag und dazu außenpolitische Weisheit zum besten gibt, die allerdings von keinem besonderen Niveau zeugt. Zum Vorschlag heißt es zu sagen, daß er sehr verständig ist, wenn er sich im Reichstage zu einem Vortrage bereithalten sollte, eingehend und sachlich geprüft werden müßte, wobei aber unserer Überzeugung nach doch wohl die bisher vertretene Auffassung zum guten Ende festgehalten wird, da sich eine eigene Stellvertretung und also auch ein eigener Gesetz erdriegt, zumal der Termin für die Wahl bereits festgelegt ist.

Vertagung des Reichstages bis nach der Präsidentenwahl
Berlin, 5. März.
(Eigener Drahtbericht.)
In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde mitgeteilt, daß sich der Reichstag Ende nächster Woche vertagen und erst nach der Reichspräsidentenwahl wieder zusammenkommen wird. Da der Haushaltplan für 1924 sowie der für 1925 bis zum 1. April noch nicht verabschiedet werden kann, wird ein Notgesetz erlassen, das vom Reichsrat am Montag nächster Woche verabschiedet werden soll.

griffen, es ist zum Glück nicht ein einziger Todesfall zu beklagen. Verletzte (durch Hinfallen oder Umstürzen) sind etwa 200 bis 300 Personen, die Zahl der Obdachlosen und Sperrhäftlinge beträgt allerdings mehrere Tausend; sie sind hervorgerufen durch das Gedränge und Hundelagen Stehen (teilweise von 8 Uhr morgens ab) auf einer Stelle. Sie haben besonders die weiblichen Zugvauer und Kinder betroffen.

Der vermüllte Tiergarten
Die Bewohnungen im Tiergarten und besonders auf dem Königsplatz spalten — wie wir von der Tiergarten-Fraktion erfahren, der Regierung. Abgehoben vom einen oder von mehreren Tieren, die sich in der Tiergarten-Größe, Sommerfrische, Friedenspark und Königsplatz gerade Mittel des Tiergartens einen mühen Anblick. Das Vieh ist vollkommen vernichtet. Die Beete und Beeteils sind heruntergetreten, zahlreiche Sträucher sind umgebrochen worden. Die Zäune sind an Brandbühnen zerstört worden von vielen als gute Anstichpunkte benutzt und dabei schwer beschädigt. Das Vieh gibt von den Bäumen in dieser Gegend, in deren Reihen oft vier bis sechs junge Reute fagen. Auf dem Königsplatz befinden sich verfallene Arbeiterwohnungen, abgebrochene und ausgetretene Stränder, zerbrochene Gitter und hoher Gestrauch, um die Schäden wieder gutzumachen. Die Situation muß abwarten, ob der Regen sich noch einmal erholt, andernfalls wird sie im Mai fest müssen. Die verfallenen Stränder müssen ebenfalls ersetzt werden.

Die „Rote Fahne“ verboten!
Berlin, 5. März.
Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die „Rote Fahne“ auf die Dauer von zwei Wochen durch eine Verfügung des preussischen Innenministeriums verboten worden, weil sie in ihrer gelblichen Aufschrift den Reichspräsidenten verächtlich hat, die als Beschimpfung der deutschen Republik aufgefaßt werden.

Der Londoner Botschafter kommt nach Berlin
Berlin, 5. März.
Zeit einigen Tagen weit der erste Botschafter der deutschen Botschaft in London in Berlin. In der nächsten Woche wird sich auch Botschafter Dr. Schöner nach Berlin begeben. Bei seinem Besuch handelt es sich um Verhandlungen über laufende politische Angelegenheiten, die u. a. auch mit der Neuwahl des Reichspräsidenten zusammenhängen. Hierzu erfahren wir, daß auch andere deutsche Botschafter benachrichtigt in Berlin erwartet werden.

Die „Bedingungen“ Frankreichs
Paris, 5. März.
Wie die Morgenblätter melden, werden Gerriet und Gammelin am Sonntag unter anderem auch die Garantiepolitik besprechen. Die französische Regierung habe sich noch zu keiner endgültigen Stellungnahme zu den deutschen Vorschlägen entschließen können, obwohl ihnen die Wichtigkeit des englischen Rahmens günstig gegenübersteht. Die Morgenblätter melden folgende Bedingungen, unter denen die französische Regierung den deutschen Vorschlägen zustimmen würde:
1. Militärisch militärischer Abmachungen zwischen Frankreich, England und Belgien außerhalb des Rahmens des geplanten Garantiepaktes;
2. Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund unter Lebensbedingung oder daraus sich ergebenden Verpflichtungen;
3. weitgehende Abänderung der deutschen Vorschläge über die Selbstbestimmungsrechte mit Polen und der Tschechoslowakei.
Die Mächte weisen darauf hin, daß die Stabilität der kleinen Entente bei der Voraussetzung, daß der Vertrag von Versailles, das für territorial, durch die Verträge von Versailles und St. Germain festgelegte, Bestand auf keinen Fall Gegenstand eines Selbstbestimmungsrechtes sein dürfe.

Wir können nicht einsehen, warum sich Deutschland „Bedingungen“ Frankreichs für dessen Zustimmung zu Sicherheitsvorschlägen beugen soll, die doch nur zu Gunsten Frankreichs gemacht worden sind! (D. Schriftl.)

Quai d'Orsay berät über die Sicherheitsfrage
Paris, 5. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Seit dem Bismarck hat unter dem Vorbehalt von Gerriet eine Konferenz am Quai d'Orsay stattgefunden, zu der Kriegsminister General Follet, Brand und Baui Boncourt herangezogen wurden. Zur Sprache gelangte die Verhandlung und Sicherheitsfrage, sowie die bevorstehenden Arbeiten des Völkerverbundes.

Preussische Ministerpräsidentenwahl am 10. März

Das schwankende Zentrum
Berlin, 5. März.
(Von unserer Berliner Schriftleitung.)
Die Wahl, die sich in der letzten Zeit zwischen Sozialdemokraten und Zentrum bewegt hat, scheint jetzt wieder zu wanken. Das Zentrum hat im Ausschreiben des Preussischen Landtages den Vorschlag gemacht, den preussischen Ministerpräsidenten erst nach der Reichspräsidentenwahl zu berufen. Von der Weimarer Koalition stehen dagegen eher die Sozialisten auf. Zeitweilen ist die Wahl auch von den beiden Reichsparteien unbefriedigt abgelehnt worden. Es bleibt nun bei dem

einigen Ausweg die Bildung eines überparteilichen Verwaltungsausschusses, solange sich das Zentrum nicht mit einem parteilichen Kabinett einverstanden erklärt. Ministerpräsident Marx behält sich eine Stellungnahme über diese Unterredung vor.

Severing doch nicht antsmüde
Berlin, 5. März.
Wie wir aus zuverlässiger Stelle erfahren, ist der preussische Innenminister Severing keineswegs antsmüde zurückgetreten. Er befindet sich, wie die übrigen Mitglieder im Demissionszustand. Severing hat bisher auch nicht erklärt, daß er eine neue Wahl nicht annehmen werde.

Eine Anfrage
Berlin, 5. März.
Die Deutschnationale Volkspartei hat im Landtage eine kleine Anfrage wegen der Lage im Reichstag gestellt, in dem ein Antrag gestellt wurde, daß die Reichsparteien in der Reichspräsidentenwahl eine gemeinsame Kandidatur vorschlagen. Die Anfrage lautet: „Nach übereinstimmenden Mitteilungen von Zeitungen der verschiedenen Parteien ist es anzunehmen, daß die Reichsparteien in der Reichspräsidentenwahl eine gemeinsame Kandidatur vorschlagen. Wie sieht die Lage in dieser Hinsicht aus? Welche Schritte sind zu ergreifen, um eine solche Kandidatur zu verwirklichen? Die Reichsparteien sind die Hauptstütze zu einem Teil auf das Verhalten der sozialistischen Bewegung, zu einem weit größeren Teil aber auf den Mangel einer planmäßigen Organisation durch das Volksgewalt in Berlin zurückzuführen. Während die Sozialisten an anderen Stellen in einem früheren Stadium der Verhandlungen mit der Reichspartei in Verbindung gebracht wurde, war an anderen Stellen das notwendige Angebot von Schulpolitik überaus nicht oder nur in ganz ungenügender Weise vorhanden. Überhaupt hat bei der Verhandlung aller erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen eine der Schwierigkeit der Lage gewöhnliche Orientierung des Volksgewalt anscheinend vollständig gefehlt.“ Die Anfrage macht hierfür, daß der derzeitige verantwortliche Leiter des Volksgewalt, früheren Vorkämpfer, Dr. Friedberg, der an Stelle des aus parteilichen Gründen ausgeschiedenen Reichspräsidenten Wolf die Amtsgeschäfte des Reichspräsidenten und damit zugleich die Amtsgeschäfte des Volksgewaltens von Berlin führt, und den Kommandeur der Schulpolitik, Oberst Franz, die Verantwortung. Es erwidert sich weiter, es ist zu hoffen, daß eine amtliche Verbindung des Reichspräsidenten Schwarzrotgelb zu Volksgewalt stattfinden kann.
Dahamlich wird erklärt:
Entgegen fast übertriebenen Mitteilungen muß festgestellt werden, daß es der Schulpolitik während der letzten Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten gelungen ist, die Abfertigung trotz des ungeheuren Andranges ohne schwere Maßnahmen durchzuführen. In einigen Stellen, wo das Publikum besonders zahlreich vorhanden war, wurden feste Plätze der Schulpolitik teilweise berittene eingesetzt werden. Die Stadtrichter, die ihre Funktionen getreu und lausend besetzt wurden, sind völlig aus der Luft ge-

Bestand des Reichstages
den Präsidenten am 10. März zu wählen. Heute lauten auch alle Fraktionen die Befürwortungen über Ausschüsse und Vorschläge begonnen. Gekündigt wird von einem Bericht des Herrn Marx auf die Weimarer Koalition, da er als mittelvermittelte Kandidat für die Reichspräsidentenwahl gilt. In der Koalition von 1918 kommt man auch, daß sich die sozialdemokratische Partei beim zweiten Wahlgang von einem eigenen Kandidaten loslag. In dem ersten Wahlgang müßten sie aber schon das Verhalten halber fast ausschließlich mit einem eigenen Kandidaten aufwarten.
Angehörigen hat Herr Severing die Mitteilung seines Parteivorstandes, sein Gesundheitszustand zwinge ihn zum Verzicht auf eine weitere Kandidatur, mit allem Nachdruck widerlegen lassen. Er ist nicht krank, sondern hat sich lediglich für die mittlere notwendige gemeinsame Regierungsbildung in Preußen nicht besonders wichtig erachtet, da es sich nicht um die eigentliche Auserkennung lebendiger Personen, sondern von deren Vertretungen in einem Parlament. Nachdem die Weimarer Koalitionsparteien sich davon überzeugt haben, daß sich der beste Kandidat nicht mehr auffindbar ist, sollte man doch endlich auf die Einsetzung dieses Stieles verzichten. Vielleicht wird man sich bis zum nächsten Mittwoch noch bestimmen, zumal die Sozialdemokraten davon träumen, daß nach dem Bericht von Herrn Marx nur noch ein Sozialdemokrat als Ministerpräsident für Preußen in Frage käme.
Was sagt nun das Zentrum dazu?

Marx verhandelt mit den Deutschnationalen
Berlin, 5. März.
(Eigener Drahtbericht.)
Ministerpräsident Marx hatte heute nachmittag eine Verhandlung mit der Deutschnationalen Volkspartei. Die Deutschnationalen führen eine kleine Koalition aus Demokraten und Zentrum ab. Am Halle feiner Landtagsauflösung bezeichnen die Deutschnationalen als

